

13. I. 1918

Wien und die Totalisateurstener. Eine Protestversammlung im Gewerbeverein.

Das vom Abgeordnetenhaus zum Beschluß erhobene Totalisateursteuergesetz, das am kommenden Montag von der Steuerkommission des Herrenhauses in Beratung gezogen werden wird, bietet den Anlaß zu einer Abwehraktion, die in den letzten Wochen mit großem Nachdruck eingeleitet hat und gestern Abend zu einer Protestversammlung im niederösterreichischen Gewerbeverein führte, an der Vertreter der Stadt Wien, der Industrie- und Gewerbetreibenden, des Jockeyklubs und Trabrennvereines, der Fremdenverkehrsverbände u. teilnahmen. Den springenden Punkt in der Debatte bildete die Konstatierung, daß die Einführung des neuen Wettsteuergesetzes der Stadt Wien einen Schaden von mindestens einer halben Milliarde jährlich bringen würde.

Unter den Anwesenden befanden sich der Präsident des Jockeyklubs Heinrich Graf von Litzow mit den Herren Moritz Graf Fries, Generalsekretär Heßig und Rennsekretär Rarner, Minister außer Dienst Dr. Baernreither, Reichsratsabgeordneter Friedmann in Vertretung des Bundes österreichischer Industrieller, Vizebürgermeister Raim mit den Gemeinderäten Leitner, Schäfer, Breuer und Magistratsrat Dr. Feld in Vertretung der Stadt Wien, Bezirksvorsteher Dr. Blasel, Gemeinderat Högl für die Stadt Baden, ferner Polizeipräsident a. D. Gornig für den Landesverband für Fremdenverkehr, Generalsekretär Mshab und Rennsekretär Kallus vom Trabrennverein, kaiserlicher Rat Fritz Huber für die Wiener Modellgesellschaft, Professor Dr. Kobatsch u. a.

Oberbaurat Breßler eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Ansprache, in welcher er die Frage der Totalisateurstener als eine Wiener Frage bezeichnete, die alle Interessenten zu scharfer Stellungnahme verpflichtete, um jeder Schädigung der Bevölkerung vorzubeugen.

Der Präsident des niederösterreichischen Gewerbevereines Schiel verwies darauf, daß der Verein als erster gegen das Totalisateursteuergesetz protestiert habe, dessen Mehrentwurf in keinem Verhältnis zu den unaußbleiblich schweren Schäden stehen würde, der Wien und die Wiener treffen müßte.

Kaiserlicher Rat W. R. Huber erstattete ein Referat, demzufolge für den Fall der Gesetzgebung der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Steuerföhe unbedingt die Einstellung der Rennen in unserer Reichshälfte zu gewärtigen sei, da sich in ganz kurzer Zeit das den Wettenden zur Verfügung stehende Spielkapital aufzehren würde. Den einzigen Vorteil hätte Ungarn, das sich bereits auf die neue Situation vorbereitet, die Rennpreise um 764.000 K. erhöht hat und hofft, alle Rennstallbesitzer an sich ziehen zu können.

Der Präsident des Jockeyklubs Graf Litzow erklärte, daß ihm als Wiener Bürger das Wohl und Wehe seiner Vaterstadt am Herzen liege, er wolle an den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses keine Kritik üben, da er zu jenen gehöre, die das Ende der parlamentarischen Zeit begrüßt haben. Das Gesetz sehe eine Besteuerung bis zu 62 Prozent vor, und jeder, der unter dieser Bedingung eine Wette einging, gehöre nicht in die Freudenau, sondern nach Döbling. (Rufe: „Steinhof!“)

Polizeipräsident a. D. Freiherr v. Gornig erklärte in Vertretung des Landesverbandes für Fremdenverkehr, daß letzterer am 8. d. gegen das neue Gesetz Stellung genommen habe. Die Verzinsung des Schadens mit einer halben Milliarde sei durchaus nicht zu hoch gegriffen.

Kaiserlicher Rat Fritz Huber bespricht die Rückwirkungen einer Einstellung der Rennen auf das Modeschick, erklärt, daß er die Aktion auf das wärmste begrüße und bereit sei, dieselbe mit allen Kräften zu fördern.

Vizebürgermeister Raim erklärt in Vertretung der Stadt Wien, er hätte es für nicht möglich gehalten, daß gerade jetzt, wo der Gewerbebestand durch die Schwierigkeiten der Kriegszeit so empfindlich geschädigt erscheine, ein Gesetz geschaffen werde, das in so einschneidender Weise eingreife und Tausende von Existenzen zu vernichten droht. Als Vertreter der Gemeinde Wien erklärt er deshalb, daß die Stadt Wien mit allem Nachdruck sich gegen das erhöhte Wettsteuergesetz wenden werde. Wien bedürfe der Attraktion der Rennen, und die Vertretung der Stadt werde alles tun, um sie der Residenz zu erhalten.

Hotelier Gsch begrüßt die Aktion im Namen des Premiums der Hoteliers und Pensionsinhaber auf das wärmste und wünscht für den besten Erfolg.

Redakteur Blume beleuchtet die Frage der Totalisateurstener an der Hand einiger statistischer Daten.

Landesausschuß Bielowlawet wendet sich gegen die Maßnahmen, die die wohlhabenden Kreise hindern, das Geld auszugeben; in dieser Richtung solle es keine Schranken geben.

Konstul Dr. Beder erklärt namens der niederösterreichischen Handels- und Gewerbelammer, daß diese mit der Aktion vollständig einverstanden sei und sich ihr anschleße.

Bezirksvorsteher Wittmeister Blasel erklärt, daß der 2. Bezirk, der ohnehin durch die Verwendung so vieler Hotels für militärische Zwecke empfindlich geschädigt sei, eine weitere Belastung, wie sie der Ausfall der Rennen bedeuten würde, nicht ertragen könnte, es müsse daher alles geschehen, um das Totalisateursteuergesetz zu verhindern.

Gemeinderat Breuer erklärt als Präsident des deutschösterreichischen Gewerbebundes, daß fast alle Genossenschaftsvorstellungen in einer vergangenen Freitag abgehaltenen Versammlung beschlossen hätten, eine Deputation zu dem Obmann der Steuerkommission des Herrenhauses Freiherrn v. Blener zu entsenden, und man hoffe, dort die jetzt eingeleitete Aktion auf das kräftigste zu unterstützen und ihr jene Resonanz verschaffen zu können, die im Interesse der Stadt Wien gelegen sei.

Redakteur Lipschütz spricht sich gegen jede Erhöhung der im Wege der kaiserlichen Verordnung eingeführten Totalisateurstener aus.

Vorsteher Kurz der Fiakergenossenschaft schließt sich der Aktion mit Dankesworten an und erörtert das lebhafteste Interesse, das das Lohnfuhrwerk an der Erhaltung der Rennen habe.

Reichsratsabgeordneter Friedmann verweist darauf, daß er im Abgeordnetenhaus den Standpunkt vertreten habe, den die meisten Redner der heutigen Versammlung einnehmen, und bemerkt, daß eben die Vertreter der Landwirtschaft, die kein Verständnis für Fragen der Großstadt haben, häufig sich jener Majorität anschließen, die Beschlüsse gegen die Residenzstadt fassen. Er selbst sei wie bisher bereit, mitbeizutragen, um die Härten des neuen Totalisateursteuergesetzes zu beseitigen. Nach dem Schlusswort des Referenten kaiserlichen Rates W. R. Huber wurde folgende Resolution einstimmig zum Beschluß erhoben:

„Die heute in den Räumen des niederösterreichischen Gewerbevereines stattgehabte Versammlung von Vertretern der industriellen und gewerblichen Korporationen, der Gemeinde Wien und des Landes niederösterreich, der Handelskammer, der Genossenschaften der Hoteliers, Gastwirte und Lohnfuhrwerke, der vereinigten Modegewerbe und endlich der Rennvereinigungen und Fremdenverkehrsverbände hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, mit allen Mitteln der Abwehr und der Agitation die Gesetzgebung des vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Wettsteuergesetzes zu verhindern in der richtigen Erkenntnis, daß die in ihren Interessen schwer bedrohte Stadt Wien von der Rückwirkung dieses Gesetzes auf Gewerbe und Handel und Charakter als Großstadt selbst mit allen Kräften geschützt werden müsse. Es ist daher Pflicht jedes einzelnen, dem das Wohl und Wehe unserer Stadt am Herzen liegt, dahin zu wirken, daß den beiden Häusern des Reichsrates die Stimmung der erwerbenden Kreise Wiens durch Eingaben an dieselben im Sinne der heute zutage getretenen Anschauungen zur Kenntnis gebracht werde und daß ferner diejenigen Abgeordneten der Stadt Wien, die für das Gesetz gestimmt haben, an die Pflichten erinnert werden, die sie gegenüber derselben bei deren Wahl übernommen haben.“ Zum Schluß wurden in die Deputation, die sich Montag zu Freiherrn v. Blener zu begeben hat, entsendet: Vizebürgermeister Raim, Präsident Schiel und kaiserlicher Rat W. R. Huber.

Die Versammlung der 40 Genossenschaftsvorsteher.

Der deutschösterreichische Gewerbebund veranstaltete vorgestern unter dem Vorstehe des Bundespräsidenten Gemeinderat Breuer eine Versammlung, über deren Verlauf, wie oben erwähnt, Herr Breuer berichtete und an der außer vierzig Gewerbe- und Genossenschaftsvorstehern u. a. Landesausschuß Bielowlawet für den niederösterreichischen Landesausschuß, Oberbaurat v. Steiner für die Gemeinde Wien, Polizeipräsident a. D. Baron Gornig für den Fremdenverkehrsverband, Stadtrat Körber für die Leopoldstädter Gewerbetreibenden, die Magistratsräte Dr. Glah und Dr. Feld für den Wiener Magistrat teilnahmen. In der von der Versammlung einstimmig angenommenen Entschließung wird an das Herrenhaus ebenfalls die dringendste Bitte gerichtet, dem vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Gesetze im Interesse des Wiener Gewerbebestandes und des Fremdenverkehrs die Zustimmung zu verweigern, respektive wenigstens die Verhandlung so lange zu vertagen, bis auch Ungarn dazu Stellung genommen hat. Eine Deputation, bestehend aus Gewerbebundspräsident Breuer, Vorsteher Spewak und Herrn Sandel vom Premium der Hoteliers, wird demgemäß morgen im Herrenhaus eine Denkschrift überreichen.